

## Sachverständigenrat ohne Sachverstand?

Der Sachverständigenrat kritisiert die Wirtschaftspolitik der Regierung, aber er legt den Finger nicht in die offene Wunde des Systems.

Von Hermann Patzak, \*\*

Jedes Jahr wird das Gutachten voluminöser. Die veröffentlichten volkswirtschaftlichen Zahlen sind sehr informativ – wie immer. Aber ihre Kommentierung ist beileibe nicht wertfrei! Das Werk, das eigentlich „keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen“<sup>1</sup> sollte, tadelt und lobt die Regierungspolitik und empfiehlt die uralten Handlungsmaximen aus dem neoliberalen Werkzeugkasten. Das sind seit Jahren die Markenzeichen des Gutachtens der sogenannten fünf Weisen.

Es ist bald ein halbes Jahrhundert her, dass die Bundesregierung diesen Rat ins Leben gerufen hat. Heute schert sich die Regierung wenig um dessen Ratschläge<sup>2</sup>. Die Oppositionsparteien erhoffen sich regelmäßig aus seiner Kritik die Argumente, die sie selber nicht haben.

Unterziehen wir die wesentlichen Aussagen des Gutachtens einer kritischen Würdigung. Beginnen wir mit Kernaussagen.

„Die Regierung habe die richtigen Schritte zur Bewältigung der Krise unternommen, doch reichten die Vorhaben nicht aus, um nachhaltiges Wachstum zu erzielen.“

Grundsätzlich seien Ausgabenkürzungen Abgabenerhöhungen vorzuziehen.

Bei der Auswahl der Ausgaben, die erhöht wurden, hätte man mehr Zukunftsinvestitionen vornehmen sollen, „anstatt sie in Form von Betreuungsgeld und Steuernachlässen für Hotelbetriebe zu verwenden.“ Mit Zukunftsinvestitionen meinen die Gutachter Ausgabensteigerungen für Bildung und Innovationen.

Der Rat vermisst eine sogenannte Ausstiegs – Strategie, also einen Plan, wie man die  
(1) Ausgabensteigerung und zunehmende Verschuldung beenden möchte, um  
(2) eine drohende Inflation zu verhindern.

Den Ausstieg (aus der Konjunkturanfurbelung) sollte die Regierung erst 2011 beginnen.

Zum Fall Opel urteilen die Gutachter, daß sich das Vorgehen der Regierung, Opel retten zu wollen, aus ökonomischer Sicht nicht rechtfertigen lasse.

Für das Jahr 2010 prognostiziert der Rat ein Wachstum von 1,6 Prozent, die Arbeitslosen werden um 500.000 auf knapp 4 Millionen ansteigen.

Schauen wir uns diese Aussagen genauer an:

### **Bildung ein Instrument ökonomischer Wachstumspolitik?**

Heutzutage will kein Gutachten ohne Prognosen mehr auskommen, doch allein die Erfahrung lehrt, dass sie trotz umfangreicher und verbesserter Berechnungsmethoden und

---

<sup>1</sup> Paragraph 2 des Gesetzes zur Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 1963.

<sup>2</sup> So schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.11.2009 Seite 14: Die Kritik der Wirtschaftsweisen läßt Merkel kalt“ und weiter: „Regierungssprecher Ulrich Wilhelm verwies darauf, daß der Rat mit seinen Empfehlungen schon früher falsch gelegen habe und daß seine Empfehlungen kontrovers diskutiert worden seien.

ständig aktualisierten Zahlen meist erheblich daneben liegen. Der Rat wäre seinerseits gut beraten, wenn er solche ständig angepassten Prognosen jenen Instanzen überließe, die ihre Prognosen den sich stetig ändernden Gegebenheiten anpassen können, anstatt sich mit einer Aura pseudowissenschaftlichen Exaktheit zu umgeben, die auch den unbedarftesten Kritikern willkommene Angriffsflächen bietet.<sup>3</sup>

Widersprüchlich ist die Argumentation, daß die Regierung zwar die richtigen Schritte zur Krisenbewältigung unternommen habe, daß aber die Maßnahmen nicht ausreichen, um nachhaltiges Wachstum erzeugen zu können. Der Rat kritisiert nämlich danach einzelne konkrete konjunkturfördernde Maßnahmen (der alten und der neuen Regierung), bei denen er die Nachhaltigkeit vermißt. Was die Kfz-Abwrackprämie anbetrifft, so ist die Kritik völlig richtig<sup>4</sup>. Aber er müßte den Umfang der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen benennen, der natürlich von der Höhe des erwarteten Beschäftigungseinbruchs infolge der Finanzkrise abhängt. Diese zu ermitteln, das wäre der eigentliche Auftrag des Gesetzes zur Bildung des Sachverständigenrates! Doch die „betriebswirtschaftliche Materie Finanzmärkte“ scheint für Makroökonomien von einer derart undurchdringlichen Komplexität zu sein, dass sie sich an diese Aufgabe nicht heranwagen. Dabei wäre diese Prognose unabdingbare Voraussetzung für die Empfehlungen, die das Gesetz zur Bildung des Sachverständigenrates verlangt.

Die Tatsache, daß das Ausmaß der konjunkturpolitischen Auswirkung einzelner Ausgabesteigerungen und Steuersenkungen von der Art der Ausgabe oder Steuer abhängt, ist völlig unbestritten. So wird z.B. die Sanierung baufälliger Schulgebäude nicht annähernd die Folgeausgaben nach sich ziehen, wie die Förderung von Investitionen in Zukunftstechnologien – ganz gleich welcher Art. Doch was hat der Rat diesbezüglich an Rat anzubieten?

Er verlangt von der Regierung eine „Bildungsoffensive“, weshalb der „Bildungspolitik absolute Priorität einzuräumen“ sei. Natürlich kommt der Vorschlag aus dem ökonomischen Denken, daß eine Steigerung des Faktoreinsatzes (der Kosten) den Ertrag steigern müsse. Doch gerade hier kommt es wieder auf die Art des gesteigerten Einsatzes an, der mit zusätzlichen Staatsausgaben bezahlt wird. Was haben denn die vielen Bildungsreformen, die immer mit gestiegenen Kosten einhergingen, in der Vergangenheit gebracht? Die Reformen der Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien? Warum streiken die Studenten jetzt gegen ihnen aufoktroyierte Bachelor- und Masterstudiengänge? Die ständigen Mehrausgaben haben hier offensichtlich wenig gebracht oder sogar noch größeren Schaden angerichtet. Das deutsche Bildungssystem – einstmals Vorbild für die ganze Welt – ist ein einziges Katastrophen-Szenarium geworden! Grundlegende Reformen wären natürlich notwendig, aber die müßten wissenschaftlich durchdacht sein und nicht von der Tagespolitik, den Wahlkämpfen oder gar der Konjunkturpolitik gesteuert!

Wir haben die größte Wirtschaftskrise seit 80 Jahren hier und heute im Jahr 2009! Bildungspolitische Reformen und Anstrengungen – wenn sie denn gediegen entwickelt und durchdacht sind – könnten erst Jahre später meßbare Auswirkungen auf Wirtschaft und Wohlstand haben! Der Rat der „Sachverständigen zur wirtschaftlichen

---

<sup>3</sup> So wies Regierungssprecher Ulrich Wilhelm prompt darauf hin, dass der Rat mit seinen Empfehlungen schon früher falsch gelegen habe und dass seine Empfehlungen kontrovers diskutiert worden seien. Siehe Fußnote 2

<sup>4</sup> Vgl. „Vom Sinn und Unsinn der sogenannten Abwrackprämie“, [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)  
11.05.2009

Entwicklung“, mittels höherer Bildungsausgaben die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden, ist völlig deplaziert. Dieser Rat wäre in den Jahren und Jahrzehnten zuvor angebracht gewesen, dann wären die Deutschen heute vielleicht tüchtiger bei der Überwindung der Krise, die das angloamerikanische Spekulationskapital ausgelöst hat.

## Die Glaubenssätze des Liberalkapitalismus

Kommen wir nun zur Kernaussage des Sachverständigengutachtens:

Sie beginnt mit dem Glaubensbekenntnis, daß die Regierung Ausgabekürzungen (Staatsausgabenminderungen) Abgabenerhöhungen vorzuziehen habe. Dieses Axiom basiert auf dem reinen, über 200 Jahre alten Glauben (Adam Smith) des Liberalkapitalismus, daß Marktmechanismus und Gewinnstreben die besten Garanten für Wachstum und Wohlstand einer Volkswirtschaft seien. Verfolgen wir die Theorie weiter: Da jede Steigerung der Staatsausgaben, egal ob über Steuern oder Schulden finanziert, den Anteil des Staates am Sozialprodukt zu Lasten der Privatwirtschaft (Unternehmen und Haushalte) erhöht, müsse dies zu Wohlstandseinbußen führen. Deshalb müsse sich der Staat aus wirtschaftlichen Aktivitäten zurückhalten bzw. seine Aktivitäten auf das allernötigste Maß reduzieren.

Nun hat aber die erste große Weltwirtschaftskrise im 20. Jahrhundert gezeigt, dass die staatliche Abstinenz Wirtschaftskrisen entstehen lässt, die ohne staatliche Eingriffe schwere volkswirtschaftliche Schäden zur Folge haben, weshalb die liberale Ideologie in ihrer Totalität von da an nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte. Seitdem räumten die Marktideologen ein, dass der Staat eingreifen müsse, um Wirtschaftskrisen abzumildern. Doch damit sei kein Freibrief für die Ausweitung staatlicher Aktivitäten verbunden, weshalb der Staat, wenn er gezwungen wird, in das Wirtschaftsleben einzugreifen, um z.B. einen Konjunkturerinbruch zu verhindern oder abzumildern, sich danach sofort wieder aus dem Wirtschaftsleben zurückziehen müsse. Und so lautet auch die **zweite Kritik der Sachverständigen**, daß sie eine **Ausstiegsstrategie der Deutschen Regierung vermissen**, um die wirtschaftliche Entwicklung wieder dem Markt zu überlassen.

Die Tatsache, daß es sich bei diesen Forderungen um wissenschaftlich nicht beweisbare Hypothesen, sondern um Glaubenssätze handelt, hat Alexander Rüstow zum ersten Mal in ausführlicher Weise in seinem Werk „Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem“ 1945 abgehandelt<sup>5</sup>. Doch die Welt hat sich im Laufe der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wieder dem Irrglauben des Liberalismus verschrieben. In seiner heutigen Erscheinungsform, dem **Globalkapitalismus**, hat er noch üblere Formen angenommen als in der Zeit der ersten großen Weltwirtschaftskrise im 20. Jahrhundert. Er konnte seine Erfolgsgeschichte vor allem deshalb fortschreiben, weil sich gezeigt hatte, dass er das geeignete Hilfsmittel war, den im 20. Jahrhundert **wieder auferstandenen Imperialismus** zur Macht zu verhelfen, bzw. den alten und neuen Imperialstaaten die Macht zu erhalten. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erleben wir, daß auch die Führer der neuen Weltmacht China diese Herrschaftsmechanismen verstanden haben und sich zunutze machen.

---

<sup>5</sup> In der dritten Auflage erschienen im Metropolis-Verlag 2001, Herausgeber: Frank P. Maier-Rigaud und Gerhard Maier-Rigaud.

## Sie haben aus der Geschichte nichts gelernt

Es gab eine Zeit in der Mitte des 20. Jahrhunderts, da waren sich Ökonomen und Politiker ganz sicher, daß sie aus der großen Weltwirtschaftskrise so viel gelernt hatten, daß sie sich nicht mehr wiederholen könne. Zu den optimistischen Ökonomen gehörten auch die Väter der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland: Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alfred Müller Armack und der bereits genannte Alexander Rüstow. Doch sie räumten dem Staat das Recht und die Pflicht ein, den Markt zu kontrollieren und insbesondere die Bildung jeglicher Monopole zu verhindern. Was als Hoffnungsfünkchen „Soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland aus der Taufe gehoben wurde, war alsbald im Ansturm der Gewalten des imperialen Globalkapitalismus untergegangen. Wer heute die „Soziale Marktwirtschaft“ als Deutschlands bedeutendsten Exportartikel bezeichnet (Angela Merkel), beweist damit, daß er der Verantwortung seines Amtes in keiner Weise gerecht wird.

Der Optimismus der deutschen Ökonomen der Nachkriegsära (nach 1945) wandelte sich schnell in Überheblichkeit und es dauerte nicht lange, da hatte man die Lehren aus der Großen Weltwirtschaftskrise komplett verdrängt und vergessen. Die alten Mächte, diesmal im Gewande der unkontrollierten globalen Finanzspekulation, brachten sich wieder in Stellung. Die Politik ließ sie gewähren, war doch das Kapital das geeignete Instrument zur Erweiterung und Etablierung politischer, letztendlich imperialer Macht.

Und wieder kam es zu einer Weltwirtschaftskrise, die noch größer war als die des 20. Jahrhunderts, wie die führenden Ökonomen heute bekunden. Sie sagen, die neue Krise konnte sich nur deshalb nicht so entfalten wie vor 80 Jahren, weil man seitdem die neuen ökonomischen Instrumente zur Kriseneindämmung entwickelt und verfeinert hatte, die man damals noch nicht kannte, bzw. aus marktideologischen Gründen ablehnte. Heute verfügt man über sie und heute setzt man sie ein. Im wesentlichen sind dies **zusätzliche Staatsnachfrage** und **reichliche Versorgung der Geschäftsbanken** mit nahezu unbegrenzten Zentralbank – Krediten, wodurch die **Geldmenge erhöht** wird.

Doch hat man die Krise damit wirklich in den Griff bekommen?

Wie war das damals, in der ersten großen Weltwirtschaftskrise? Die Lehrstuhlökonomien hatten getreu der liberalen Schule der Ökonomie den Politikern – nicht nur in Deutschland – geraten, dem Markt in der Krise freien Lauf zu lassen. Sie sagten, die Preise müßten so tief fallen, insbesondere die Preise für Arbeit (Lohnkosten) und Investitionsgüter, bis sich Produktion und Investition wieder lohnten und die Wirtschaft von selber wieder anspringen würde. Diese Politik gipfelte in Deutschland in den Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning, mit der sogar die Beamten - Gehälter gekürzt wurden. Das wirkte natürlich als Krisenverstärker. Die Krise konnte erst dadurch beendet werden, daß die Reichsregierung zusätzliche Staatsausgaben für innovative Investitionen (Autobahnbau, Bau von Arbeitersiedlungen etc.) tätigte. Die Finanzierung der zusätzlichen Staatsausgaben erfolgte natürlich über zusätzliche Staatsschulden. Die Pläne für eine derartige, mittels Staatsschulden finanzierte Investitionspolitik, bekam die damalige Regierung –mittlerweile war Adolf Hitler Reichskanzler geworden – nicht von den honorigen Professoren der Ökonomie. Es war ein unscheinbarer Beamter des Reichswirtschaftsministeriums, Wilhelm Lautenbach, der sie bis ins Detail ausgearbeitet und ausgerechnet hatte, daß ausgewählte einmalige Investitionen das Volkseinkommen um ein Mehrfaches steigern würden, wodurch (1) die gefürchtete Inflation verhindert und (2) auch die Rückzahlung der Staatsschulden aus dem gestiegenen Sozialprodukt leicht beglichen werden könnten. Im Prinzip stehen die Ökonomen heute wieder vor der gleichen Frage!

## Droht eine Inflation?

Die Wirtschaftsankurbelung durch (1) zusätzliche Staatsausgaben und (2) zusätzliches Zentralbankgeld und (3) die Versorgung der Geschäftsbanken mit billigen Krediten birgt also die Gefahr einer Inflation. Das galt damals und das gilt auch heute. Eine Inflation muß unweigerlich dann entstehen, **wenn aus der zusätzlichen Geldmenge keine angemessene Steigerung der realen Güterproduktion generiert wird**. Das war in den ersten Jahren<sup>6</sup> nach 1933 in Deutschland nicht der Fall. Die zusätzlichen Staatsausgaben hatten ein beträchtliches reales Wirtschaftswachstum zur Folge. Doch wie schaut es heute damit aus?

Der „Sachverständigenrat“ ist sich dieser Inflationsgefahr bewußt, weshalb er ausdrücklich feststellte, daß er die Ausstiegsstrategien aus der Politik der Konjunkturankebelung vermissen. Wie realistisch ist diese Sorge und was kann eine Deutsche Regierung dagegen tun?

Die Krise hat alle Staaten der Welt gezwungen, mit schuldenfinanzierten Staatsausgaben Konjunkturprogramme aufzulegen. Deutschland mußte die Nettokreditaufnahme von 11,5 Mrd. Euro im Jahr 2008 auf 47,6 Mrd. Euro erhöhen, das entspricht einer Steigerung von 314 Prozent. Die USA erhöhten ihr Haushaltsdefizit im Jahr 2009 von 459 Mrd. Dollar auf 1.417 Mrd. Dollar, was einer Steigerung von 208,7 Prozent entspricht. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt erreichten die bedeutendsten europäischen Volkswirtschaften, die USA und Japan nachstehende Staatsverschuldungsquoten:

in Mrd. Euro	Staatschuld	BIP	StSch/BIP
USA	8113	9571	84,8%
Deutschland	1854	2356	78,7%
Frankreich	1471	1919	76,7%
England	1078	1568	68,8%
Italien	1762	1521	115,8%
Japan	7894	3611	218,6%

Deutschland ist durch die EU über die gemeinsame Euro - Währung mit den anderen EU-Euro-Ländern gleichsam wie mit einem Strick verbunden. Unsere Volkswirtschaft ist darüber hinaus durch seine hohe Export- und Importabhängigkeit in hohem Maße mit der Weltwirtschaft verflochten. Noch viel gravierender wirkt seine totale Durchfilzung und Verflechtung mit den internationalen Finanzmärkten. Das Land kann sich von den Finanzströmen nicht abkoppeln. Wenn sie aus den Ufern treten oder austrocknen, wird auch die deutsche Volkswirtschaft davon betroffen. Auch diese Gefahr könnte durch eine autonome Währung – wie es die D-Mark war – erheblich reduziert werden.

Die Weltwirtschaftskrise hat die Regierungen aller Länder und alle Notenbanken gezwungen, gegen die Krise anzukämpfen. Sie erhöhten die Staatsausgaben und damit die Staatsschulden durch eine Vermehrung der Geld- und Kreditmenge. Damit sollte der Wirtschaftseinbruch oder gar der totale Zusammenbruch der Finanzmärkte verhindert werden. Durch die gemeinsame Euro-Währung aber wirken sich die finanzpolitischen Entscheidungen einer Staatsregierung in der EU unmittelbar auf die Länder und Regionen aus, in denen die gleiche Währung in Umlauf ist. Die Geldvermehrung aus einer erhöhten Staatsverschuldung eines oder mehrerer Länder erhöht die Geldmenge im

---

<sup>6</sup> Erst später, als zunehmend mehr Rüstungsgüter anstelle von Konsum- und Investitionsgütern produziert wurden, entstand eine sogenannte verdeckte Inflation, deren offener Ausbruch durch staatlich angeordnete Preisbindungen verhindert wurde..

gesamten Währungsgebiet, also auch in den Ländern, die weniger oder gar keine Schulden machen.

Ob diese inflationäre Wirkung der Staatsausgabensteigerung eintritt, hängt aber auch von der Art der Staatsausgaben ab, ob z.B. zusätzliche Investitionen getätigt werden oder nur ohnehin notwendige Reparaturen an Verwaltungsgebäuden vorgezogen werden.

Nun hat der Sachverständigenrat die Höhe der Staatsausgaben kritisiert – sie sei zu gering, er hat die Art kritisiert – Bildungsausgaben seien nachhaltiger und er hat die mangelnde Ausstiegsstrategie kritisiert. Aber was würde der rechtzeitige Ausstieg helfen, wenn die zusätzlichen Gelder gar keine zusätzliche Produktion bewirken, wie bei den Ausgaben für die Kurzarbeit, oder bei der Kfz-Abwrackprämie<sup>7</sup>, oder wenn die zusätzlichen Bildungsausgaben ihre investiven Effekte erst in 10 oder 15 Jahren entwickeln können? Was würde eine Ausstiegsstrategie in Deutschland bringen, wenn die anderen Euro-Länder – erfolgreiche Beschäftigungsankurbelung vorausgesetzt – nicht im „gleichen Takt“ aussteigen wollten, weil die Wirtschaftszweige in ihrer Region die Krise noch nicht überwunden hätten?

Eine Ausstiegs-Strategie setzt voraus, daß die zuvor getätigten „Förderprogramme“ zu einem ausreichenden realen Wachstum geführt haben. Gerade das aber bestreiten die Gutachter mit ihrer Kritik an Umfang und Art Programmpakete. Somit wird eines ganz deutlich: Die Gefahr einer Inflation droht allen von der Krise betroffenen Ländern, deren Regierungen den Kampf dagegen mit den Keyns'schen Mitteln der Beschäftigungspolitik aufgenommen haben.

Diese kann nur dann Erfolg haben, wenn die zusätzlichen Staatsausgaben von einer Art sind, die reales Wirtschaftswachstum erzeugen! Welche das heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind, darüber lohnte es sich nachzudenken. Höhere Bildungsausgaben – so richtig diese Forderung an sich ist – wirken viel zu spät, um reales Wirtschaftswachstum von heute auf morgen erzeugen zu können.

## **Der Systemfehler: die Notenbanken - Politik der Kredit- und Geldvermehrung verpufft**

Die Inflationsgefahr in Folge überdimensionierter schuldenfinanzierter Staatsausgaben ist nichts Neues. Neu ist allerdings die Erkenntnis, daß die panischen Versuche der Notenbanken und Regierungen, den Zusammenbruch des Geschäftsbankensystems zu verhindern, im großen und ganzen erfolgreich waren, daß der Funke aber nicht zünden und reales Wachstum erzeugen will.

Die Geschäftsbanken wurden von den Notenbanken mit Krediten in Billionenhöhe zu ständig sinkenden Zinsen überhäuft, aber die Gelder kommen in der realen Wirtschaft, bei den Unternehmen nicht an. Die bräuchten sie aber dringend, um ihre leeren Einkaufsläger wieder aufzufüllen und in der Krise unterlassene Investitionen zu tätigen. Die Unternehmen, insbesondere des Mittelstandes, beklagen die Kreditklemme seit geraumer Zeit. Banken und Bankenverbände leugnen, daß es überhaupt eine Kreditklemme gibt. Was tun denn die Banken mit den Unmengen billigsten Geldes, die ihnen von den Notenbanken zugesteckt werden?

Allein im Jahr 2009 hat die US-Notenbank „Federal Reserve“ die Geldmenge um 138% und die EZB um 35 Prozent erhöht.<sup>8</sup> In Deutschland geht das Bruttoinlandsprodukt in

---

<sup>7</sup> Vgl. Hermann Patzak, Vom Sinn und Unsinn der Abwrackprämie, 14.05.2009 in [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)

<sup>8</sup> Der Spiegel, Nr. 48, 2009, Seite 78.

dieser Zeit um 5 Prozent, in den USA um 2,5 Prozent zurück. Wer wissen will, was die Banken mit dem reichlichen Geldregen anfangen, mit dem die Notenbanken sie überschütten, der braucht sich nur die Preisentwicklung auf den Rohstoff- und Aktienmärkten im letzten Jahr anschauen<sup>9</sup>:

#### **Rohstoffpreise seit Januar 2009**

Kupfer	133%
Erdöl	112%
Zucker	79%

Man spekuliert wieder mit Aktien, Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Derivaten und Zertifikaten, wie eh und je, als wäre die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht wegen dieser Spekulationsgeschäfte ausgebrochen. Da kann man weit mehr verdienen als bei der Vergabe von Krediten an Unternehmen und Haushalte, die zumal in Zeiten der Krise riskanter sind. Und auf die Rendite kommt es an, bei allen Unternehmen und insbesondere bei den Finanzunternehmen.

In der Politik nennt man dieses Renditestreben jetzt verantwortungslose Renditegier und will jene Manager dafür persönlich belangen und an den Pranger stellen. Schon beginnt man sich Sorgen um die politischen Folgen zu machen, die von dem ganz normalen Renditestreben der Banker ausgehen: EZB-Präsident Jean-Claude Trichet fürchtet, das „unsere Demokratien eine so umfangreiche Unterstützung des Finanzsektors mit dem Geld der Steuerzahler vielleicht nicht ein zweites Mal akzeptieren werden“<sup>10</sup>.

Finanzminister Wolfgang Schäuble verlangte von den Bankern verantwortliches Handeln. Wörtlich: „Ökonomisches Handeln ist und bleibt kein Selbstzweck“<sup>11</sup>, Bundesbank-Präsident Axel Weber verlangte, daß die Banken in Phasen niedriger Leitzinsen ihre Gewinnerwartungen reduzieren.

Damit nennt er, ohne sich dessen bewußt zu sein, das Problem, das sie alle, auch der Sachverständigenrat, nicht wahr haben wollen: Die „unsichtbare Hand des Gewinn- und Renditestrebens“ richtet nicht alles zum Besten, wie die liberalen Glaubenslehrer predigen. In einer globalkapitalistischen Welt werden die erfolgreichen Akteure mit den höheren Renditen die minder erfolgreichen Konkurrenten verdrängen und eliminieren. Wenn das Finanzkapital höhere Renditen durch Spekulationsgeschäfte erzielt als die Unternehmen der realen Güter- und Leistungsproduktion, dann werden sie sich diese Produktionsstätten aneignen können, egal an welchem Ort der Welt sich diese befinden. Auch untereinander werden die Finanzkapitalisten nach diesem Prinzip handeln. Das Wort „Raubtierkapitalismus“ beschreibt dieses Handeln durchaus treffend.

Wer das Prinzip gut heißt und es unkontrolliert gewähren lassen will, kann nicht hergehen und bestimmen, ab welchem Prozentsatz das Gewinn- und Renditestreben unmoralisch und verwerflich sei. Das Teuflische in der Vergangenheit war, daß dieses Renditestreben in einer globalkapitalistischen Welt das Machtstreben imperialer Kräfte gestützt hat, weshalb eine grenzenlose Ausdehnung des Prinzips auch im Interesse politischer Machterweiterung und Machtverfestigung war.

Doch das System wird sich ändern müssen. Neue aufstrebende Mächte bedienen sich der kapitalistischen Mechanismen (China) in gleicher Weise und werden zur gefährlichen Konkurrenz der alten imperialen Weltaufteilung. Um das System zu retten, wird heute

---

<sup>9</sup> Der Spiegel, a.a.O., Seite 75

<sup>10</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.11.2009 Seite 13.

<sup>11</sup> Ebenda.

das Entstehen neuer Spekulationsblasen zugelassen, obwohl alle internationalen Konferenzen der letzten beiden Jahre beteuerten, gerade dies künftig verhindern zu wollen.

Es ist sicherlich eine entscheidende Frage, wie lange sich die Völker das gefallen lassen werden! Sachverständige, die dem System dienen, ohne die offensichtlichen Fehler beim Namen zu nennen und nach Abhilfe zu streben, sind eben Sachverständige ohne Sachverstand.

Und das kann gefährlich werden.

\*\* Diesen Aufsatz widme ich meinem unvergessenen Freund

Hellmut Rösler, geboren 1930 im Elbsandsteingebirge nahe Rumburg im Sudetenland.

Als Deutscher verfolgt und vertrieben,  
weil er sein Volk und seine Heimat liebte, geächtet – von Deutschen!

Gedemütigt, ausgeschlossen – nichts geworden in dieser Gesellschaft,  
wie so viele von uns.

Manch Gymnasiast und Akademiker dieser Zeit hörte ihm zu;  
mit leeren verständnislosen Augen, wenn er erzählte,  
von der Deutschen Geschichte und den Werken deutscher Schriftsteller.

Er war Bauer. Von der Art, wie es sie nicht mehr gibt.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 05.12.2009